

1. DIALOG „STRUKTURWANDEL IN OBERFRANKEN“

„BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN OBERFRANKEN – HANDLUNGSANSÄTZE UND STRATEGIEN“  
IM PORZELLANIKON SELB-PLÖßBERG AM 18. MÄRZ 2010

19. MÄRZ 2010

NORDBAYRISCHER KURIER

## Seehofer setzt auf Prinzip Hoffnung

Keine konkreten Zusagen gegen den massiven Bevölkerungsschwund – „Wenn junge Leute keine Arbeit finden, gehen sie halt weg“

**SELB**  
Von Peter Engelbrecht

Ein paar Lebensweisheiten, ein bisschen Prinzip Hoffnung. Redselig zeigte sich Ministerpräsident Horst Seehofer bei der Veranstaltung „Bevölkerungsentwicklung in Oberfranken – Handlungsansätze und Strategien“ in Selb. Eigentlich sollte es konkret um Strategien gehen, wie dem massiven Bevölkerungsschwund vor allem in den Regionen Hof, Wunsiedel und Kronach begegnet werden soll.

Wer nun auf konkrete Hilfsangebote gehofft hatte, sah sich enttäuscht. Seehofer zweifelte sogar die Prognose des Statistischen Landesamtes in München an, das bis zum Jahr 2028 im Landkreis Wunsiedel einen Bevölkerungsverlust von 21,7 und im Landkreis Hof von 17,8 Prozent vorhergesagt hatte. Mit diesen Zahlen konfrontiert, sagte er vor der Presse, eine Prognose sei schwierig, vor allem seit der

internationalen Finanzkrise. „Der Trend wird schon stimmen“, meinte er, doch es gehöre auch Zuversicht dazu.

„Oberfranken nach vorne zu bringen“ sei Sinn der Veranstaltung, meinte das einzige regionale Mitglied der Staatsregierung, Umweltstaatssekretärin Melanie Huml. Man solle das Positive hervorheben, ohne zu vergessen, dass es auch Herausforderungen wie Bevölkerungsverluste und das Wegziehen vieler junger Menschen gebe. „Wir wissen, dass wir gute Unterstützung von der Staatsregierung erhalten“, lobte sich Huml selbst.

Seehofer bezeichnete den demografischen Wandel als „ein Megathema“. Er sah eine „Zangenbewegung in ganz Europa“, was die Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen 20 Jahren betreffe. Die Lebenserwartung der Menschen habe signifikant zugenommen, „darüber sollten wir uns freuen“, lautete die Vorgabe aus München.

Doch seit Anfang der 70er Jahre gebe es auch in Bayern mehr Sterbefälle als Geburten, dies werde durch Zuwanderung nicht ausgeglichen. Bayerns Bevölkerung werde bis 2030 insgesamt leicht wachsen, aber Oberfranken werde Verluste von rund zehn Prozent hinnehmen müssen.

### Schulen wohnortnah

„Wir halten am Verfassungsziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns fest“, bekräftigte Seehofer. Und mit ein bisschen Lebensweisheit gewürzt, fügte er hinzu: „Wenn wichtige Einrichtungen wie Hochschulen, Arztpraxen, Krankenhäuser und Schulen verschwinden, verschwindet auch die Bevölkerung.“ Deshalb werde die Staatsregierung dafür eintreten, Bildungseinrichtungen „so lange es geht“ wohnortnah zu erhalten. „Wenn die Kinder in die Schule gefahren werden müssen, ist es nur

eine Frage der Zeit, bis auch die Eltern wegziehen“, warnte er. Und wenn junge Leute feststellen, dass es hier keine Arbeitsplätze gebe, dann gingen sie halt weg.

Die Staatsregierung werde mit finanzieller Förderung, den staatlichen Finanzausgleich und der Verlagerung von Behörden hier helfen, konkrete zusätzliche Unterstützung nannte Seehofer allerdings keine. Vielmehr empfahl er den Kommunen eine verstärkte Zusammenarbeit, nach der Devise „Stadt und Land Hand in Hand.“

Die Markredwitzer Oberbürgermeisterin Birgit Seelbinder will gegen den Weggang junger Leute etwas tun und plant die Ansiedelung einer Fachhochschule beziehungsweise einer Außenstelle. Ihre Stadt habe in den vergangenen fünf Jahren rund 900 Personen im Alter von 20 bis 30 Jahren verloren, rechnete sie vor und bat um Unterstützung. Doch Seehofer wollte zu diesem Thema keine konkre-

Tagesthema

Oberfranken schrumpft

ten Aussagen tätigen. Vielmehr verkündete er, dass sich das Kabinett bald dafür einsetzen werde, die Zuschüsse für Städtebauförderung und Dorferneuerung für Hof und Wunsiedel auf 80 Prozent aufzustocken. Zuvor hatte ein Bürgermeister beklagt, dass die Wartezeit für Dorfenerneuerungsprojekte 15 Jahre beträgt.

Regierungspräsident Wilhelm Wening setzte auf die „Stärkung des Heimatbewusstseins“, um die Abwanderung abzumildern. Ein entscheidendes Mittel gegen den Wegzug von Menschen aus Oberfranken „sind und bleiben qualifizierte Arbeitsplätze“. Dies sei vor allem Aufgabe der Wirtschaft.

## Seehofer setzt auf Prinzip Hoffnung

Keine konkreten Zusagen gegen den massiven Bevölkerungsschwund – „Wenn junge Leute keine Arbeit finden, gehen sie halt weg“

**selb**

Von Peter Engelbrecht

Ein paar Lebensweisheiten, ein bisschen Prinzip Hoffnung. Redselig zeigte sich Ministerpräsident Horst Seehofer bei der Veranstaltung „Bevölkerungsentwicklung in Oberfranken – Handlungsansätze und Strategien“ in Selb. Eigentlich sollte es konkret um Strategien gehen, wie dem massiven Bevölkerungsschwund vor allem in den Regionen Hof, Wunsiedel und Kronach begegnet werden soll.

Wer nun auf konkrete Hilfsangebote gehofft hatte, sah sich enttäuscht. Seehofer zweifelte sogar die Prognose des Statistischen Landesamtes in München an, das bis zum Jahr 2028 im Landkreis Wunsiedel einen Bevölkerungsverlust von 21,7 und im Landkreis Hof von 17,8 Prozent vorhergesagt hatte. Mit diesen Zahlen konfrontiert, sagte er vor der Presse, eine Prognose sei schwierig, vor allem seit der internationalen Finanzkrise. „Der Trend wird schon stimmen“, meinte er, doch es gehöre auch Zuversicht dazu.

„Oberfranken nach vorne zu bringen“ sei Sinn der Veranstaltung, meinte das einzige regionale Mitglied der Staatsregierung, Umweltstaatssekretärin Melanie Huml. Man solle das Positive hervorheben, ohne zu vergessen, dass es auch Herausforderungen wie Bevölkerungsverluste und das Wegziehen vieler junger Menschen gebe. „Wir wissen, dass wir gute Unterstützung von der Staatsregierung erhalten“, lobte sich Huml selbst. Seehofer bezeichnete den demografischen Wandel als „ein Megathema“. Er sah eine „Zangenbewegung in ganz Europa“, was die Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen 20 Jahren betreffe. Die Lebenserwartung der Menschen habe signifikant zugenommen, „darüber sollten wir uns freuen“, lautete die Vorgabe aus München. Doch seit Anfang der 70er Jahre gebe es auch in Bayern mehr Sterbefälle als Geburten, dies werde durch Zuwanderung nicht ausgeglichen. Bayerns Bevölkerung werde bis 2030 insgesamt leicht wachsen, aber Oberfranken werde Verluste von rund zehn Prozent hinnehmen müssen.

Schulen wohnortnah

„Wir halten am Verfassungsziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns fest“, bekräftigte Seehofer. Und mit ein bisschen Lebensweisheit gewürzt, fügte er hinzu: „Wenn wichtige Einrichtungen wie Hochschulen, Arztpraxen, Krankenhäuser und Schulen verschwinden, verschwindet auch die Bevölkerung.“ Deshalb werde die Staatsregierung dafür eintreten, Bildungseinrichtungen „so lange es geht“ wohnortnah zu erhalten. „Wenn die Kinder in die Schule gefahren werden müssen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Eltern wegziehen“, warnte er. Und wenn junge Leute feststellen, dass es hier keine Arbeitsplätze gebe, dann gingen sie halt weg.

Die Staatsregierung werde mit finanzieller Förderung, dem staatlichen Finanzausgleich und der Verlagerung von Behörden hier helfen, konkrete zusätzliche Unterstützung nannte Seehofer allerdings keine. Vielmehr empfahl er den Kommunen eine verstärkte Zusammenarbeit, nach der Devise „Stadt und Land Hand in Hand.“

Die Marktredwitzer Oberbürgermeisterin Birgit Seelbinder will gegen den Weggang junger Leute etwas tun und plant die Ansiedelung einer Fachhochschule beziehungsweise einer Außenstelle. Ihre Stadt habe in den vergangenen fünf Jahren rund 900 Personen im Alter von 20 bis 30 Jahren verloren, rechnete sie vor und bat um Unterstützung. Doch Seehofer wollte zu diesem Thema keine konkreten Aussagen tätigen. Vielmehr verkündete er, dass sich das Kabinett bald dafür einsetzen werde, die Zuschüsse für Städtebauförderung und Dorferneuerung für Hof und Wunsiedel auf 80 Prozent aufzustocken. Zuvor hatte ein Bürgermeister beklagt, dass die Wartezeit für Dorferneuerungsprojekte 15 Jahre beträgt.

Regierungspräsident Wilhelm Wenning setzte auf die „Stärkung des Heimatbewusstseins“, um die Abwanderung abzumildern. Ein entscheidendes Mittel gegen den Wegzug von Menschen aus Oberfranken „sind und bleiben qualifizierte Arbeitsplätze“. Dies sei vor allem Aufgabe der Wirtschaft.